

Newsletter 11 – 2025

Sehr geehrte Leserinnen und Leser unseres Newsletters,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der vds November – Newsletter mit vielen Informationen und Beiträgen zu folgenden Themenbereichen liegt vor:

- [Informationen aus dem Bundesverband](#)
- [Positionen des Bundesverbandes](#)
- [Zeitschrift für Heilpädagogik](#)
- [Informationen aus den Landesverbänden](#)
- [Kultusministerkonferenz](#)
- [Teilhabe und Inklusion](#)
- [Terminankündigungen](#)
- [Wettbewerbe](#)
- [Kostenloses Informations- und Unterrichtsmaterial aus und für die alltägliche Praxis](#)
- [Publikationen / Studien / Erhebungen](#)
- [Dies und Das](#)

*Ich wünsche Ihnen einen "sturmfreien" Herbst
mit besten Grüßen Stefanie Höfer
Bundespressereferentin*

Aus dem Bundesverband

Einberufung der Hauptversammlung 2025

Hiermit berufe ich nach § 21 der Satzung des Verbands Sonderpädagogik e. V. – vds – ordnungsgemäß und fristgerecht die 52. Hauptversammlung ein.

Die 52. Hauptversammlung unseres Verbands findet vom 20. November 2025, 16:00 Uhr, bis 22. November 2025, 12:00 Uhr, in der Europäischen Kulturhauptstadt Chemnitz statt.

Anträge an die Hauptversammlung können von den Landesverbänden, dem Bundesausschuss und dem Bundesvorstand gestellt werden und müssen gemäß §19 der Satzung schriftlich bis spätestens 24. September 2025 (Posteingang) an die Bundesvorsitzende (vds-Bundesgeschäftsstelle, Bundesvorsitzende, Hans-Sachs-Weg 18, 97082 Würzburg) eingereicht sein.

Wahlvorschläge sind nach §5 der Wahlordnung über den Landesverband einzureichen und müssen bis zum 31. Oktober 2025 beim Wahlausschuss (vds-Bundesgeschäftsstelle, Wahlausschuss, Hans-Sachs Weg 18, 97082 Würzburg) eingegangen sein. Die einzelnen Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände werden durch diese benannt. Sie erhalten ihre Einberufung zur Hauptversammlung zusammen mit der Tagesordnung und den Anträgen spätestens drei Wochen vor Beginn elektronisch zugesandt. Die Berichte des Bundesvorstands, der Landesverbände sowie der Bundesreferentinnen und Bundesreferenten werden in Heft 10/2025 der Zeitschrift für Heilpädagogik veröffentlicht.

Alle Mitglieder des Verbands Sonderpädagogik e.V. sind eingeladen.
Würzburg, 28. August 2025

Dr. Angela Ehlers – Bundesvorsitzende

Informationen aus den Landes- und Regionalverbänden

Regionalverband Aachen - [Veranstaltungen](#)

Einführung in die Unterstützte Kommunikation - Teil 1 am 2.12.2025

Dieses Online-Seminar ist eine kurze theoretische Einführung in das große Fachgebiet der Unterstützten Kommunikation. Es ermöglicht zunächst einen Überblick über die wichtigsten theoretischen und pädagogischen Grundlagen und -haltungen und präsentiert [...] [Weiterlesen](#)

Einführung in die Unterstützte Kommunikation - Teil 2 am 4.12.2025

Dieses Online-Seminar ist Teil 2 der Einführung in das große Fachgebiet der Unterstützten Kommunikation. Es fokussiert die bereits bekannten Zielgruppen und befasst sich schwerpunktmäßig mit ersten Maßnahmen zur Unterstützung der [...] [Weiterlesen](#)

Zeitschrift für Heilpädagogik (ZfH)

Die Beiträge der aktuellen [ZfH 11-2025](#)

- Präventive Unterstützung von Kompetenzen der emotionalen und sozialen Entwicklung durch wertschätzende und lösungs fokussierte Kommunikationsstrategien – Dem guten Grund auf der Spur
- Diskriminierungssensibilität als Präventionsansatz in der Unterrichts- und Schulentwicklung
- Schulleitungen im Fokus: Impulse für Schul- und Unterrichtsentwicklung im Response-to-Intervention (RTI) Setting
- Schulische Ausgangslagen und Bedarfe hinsichtlich der Implementation von Diagnose- und Förderkonzepten Erste Ergebnisse aus dem Projekt EULe

Über die [Website des Verband Sonderpädagogik e. V. \(vds\)](#) können Sie neben diesen aktuellen Artikeln ebenfalls auf die Bibliographie und die Zeitschrift für Heilpädagogik (ZfH) sowie auf alle Beiträge der Bundesfachkongresse digital zugreifen. Ermöglicht wird dies über unser [SHOP – System](#), das den Kauf von diversen Beiträgen und Zeitschriften aus dem Archiv kinderleicht macht. Sie müssen nicht jeden Artikel einzeln bei PayPal bezahlen, sondern können Ihre Einkäufe in den Warenkorb legen und am Ende den Bezahlvorgang starten.

[Mitglieder im vds haben kostenlosen Zugriff auf alle Artikel und Zeitschriften im Shop](#)

Kultusministerkonferenz

„Kooperativ, kommunikativ, ermutigend“: KMK beschließt Leitlinien für die Schulaufsicht
Die Bildungsministerkonferenz im Rahmen der KMK hat erstmals ein bundesweites „Zielbild zur Rolle und Arbeit der Schulaufsicht“ verabschiedet. Damit liegt nun eine gemeinsame Grundlage dafür vor, wie Schulaufsicht in Deutschland arbeiten soll, welche Aufgaben sie übernimmt und welche Haltung und Kompetenzen dafür entscheidend sind – zumindest in der Theorie. [weiterlesen](#)

[Zielbild zur Rolle und Arbeit der Schulaufsicht](#)

(Beschluss der Bildungsministerkonferenz vom 16.10.2025 für die Kultusministerkonferenz)

Teilhabe und Inklusion

Inklusion in der Sekundarstufe I in Deutschland – Erfolgsfaktoren und Herausforderungen

Langzeit-Studie: Wie Inklusion an weiterführenden Schulen gelingt – und: Wo sie an Grenzen stößt

Fünf Jahre lang hat das Forschungsteam der Langzeitstudie INSIDE an 246 Schulen untersucht, wie gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Förderbedarf tatsächlich funktioniert. Die Befunde, veröffentlicht im Sammelband der Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, zeigen: Inklusion gelingt punktuell – aber sie stößt im Alltag immer wieder an Grenzen. Entscheidend sind Haltungen, Strukturen und Beziehungen.

Fazit: Inklusion ist machbar – aber nicht selbstverständlich

Die INSIDE-Studie zeigt kein Schwarz-Weiß-Bild. Weder gelingt Inklusion flächendeckend noch scheitert sie systematisch. Sie hängt von den konkreten Bedingungen ab – auch von Haltungen, von Zusammenarbeit und von Führung. „Auf Schulebene erweisen sich eine förderliche Schulkultur und unterstützendes Schulleitungshandeln als zentrale Einflussfaktoren“, heißt es im INSIDE-Sammelband. Oder, wie es die Gesamtergebnisse andeuten: Wo Menschen gemeinsam Verantwortung übernehmen, kann Inklusion gelingen – zum Nutzen aller. News4teachers [zum ganzen Artikel](#)

[Hier lässt sich der Sammelband gratis herunterladen](#) (nicht vom offenbar verunfallten Titelbild irritieren lassen).

Positionierung der BAGFW: Selbstbestimmung und Teilhabe voranbringen, BTHG weiterentwickeln!

Die Zielsetzung, Teilhabe von Menschen mit Behinderungen zu stärken und Inklusion voranzutreiben, muss konsequent weiterverfolgt werden. Aktuell wird die politische Debatte in weiten Teilen allerdings von fiskalischen Überlegungen bestimmt. Vor diesem Hintergrund formuliert die BAGFW in einem Positionspapier Forderungen zu ausgewählten Themen, die es bei einer Weiterentwicklung des BTHG zu berücksichtigen gilt. Leitschnur der Forderungen zur Weiterentwicklung der selbstbestimmten, vollen, wirk-samen und gleichberechtigten Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sind die Vor-gaben der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) sowie die Ergebnisse der 1., 2. und 3. Staatenberichtsprüfung zur Umsetzung der UN-BRK in Deutschland.

Zentrale Forderungen der BAGFW sind:

- Gleichwertige Lebensverhältnisse für Menschen mit Behinderungen bundesweit gewährleisten: Teilhabechancen dürfen nicht vom Wohnort abhängen
- Finanzmittel in der Eingliederungshilfe stärker auf die Verbesserung der individuellen Teilhabe ausrichten und Träger der Eingliederungshilfe angemessen und lastengerecht mit Finanzmitteln ausstatten.
- Menschen mit Behinderungen die selbstbestimmte Wahl des Wohnorts ermöglichen
- Instrumente zur personenzentrierten Bedarfsfeststellung vereinfachen und bundeseinheitlich angleichen
- Sowohl Bedarfsermittlung als auch Leistungsbemessung personenzentriert sicherstellen
- Möglichkeiten der Rechtsdurchsetzung für Menschen mit Behinderungen verbessern, die Leistungen der Eingliederungshilfe erhalten bzw. erhalten möchten
- Vereinbarungsprinzip im Vertragsrecht des SGB IX und Schiedsstellenfähigkeit der Leistungsvereinbarung erhalten
- Schiedsstellen stärken: Transparenz der Entscheidungen und Ausstattung ausbauen
- Qualitäts- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen angemessen gestalten und als Qualitätsdialoge implementieren
- Sozialrechtliche Verankerung von Klimaschutz und Nachhaltigkeit vorantreiben
- Koordination und Abstimmung stärken: Sozialplanung inklusiv ausbauen und auf verbindlicher Datengrundlage auf flächendeckende, bedarfsdeckende, gut vernetzte und inklusiv ausgerichtete Angebote von Leistungserbringern hinwirken.
- Zugang zu Pflegeleistungen für Menschen mit Behinderungen verbessern
- Ehrenamtliches Engagement stärken
-

Dokument zum Download [BAGFW Forderungen zum BTHG PDF 477 KB](#)

Diskriminierung von Frauen und Mädchen mit Behinderungen in Deutschland

Frauen und Mädchen mit Behinderungen sind oft mehrfacher Diskriminierung ausgesetzt: Sie werden nicht nur aufgrund ihrer Beeinträchtigung, sondern auch aufgrund ihres Geschlechts benachteiligt. In ihrem Alltag erleben sie viele Barrieren und auch Rechtsverletzungen. So haben sie beispielsweise einen erschwerten Zugang zu gesundheitlicher Versorgung, zu Rechtsschutz nach Gewalterfahrungen und zu selbstbestimmter Sexualität und Elternschaft. Derzeit werden diese geschlechtsspezifischen Dimensionen bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) noch nicht stark genug berücksichtigt – in Deutschland, aber auch international.

Eingabe an UN-Ausschuss: Institut macht auf Diskriminierung in zentralen Lebensbereichen aufmerksam

Der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen hat deshalb einen Beteiligungsprozess zur Erstellung von menschenrechtlichen Leitlinien durchgeführt. Diese sollen die Staaten unterstützen, gegen die intersektionale Diskriminierung von Frauen und Mädchen mit Behinderungen vorzugehen. Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat sich an dem Verfahren beteiligt und im Oktober 2025 eine Eingabe in englischer Sprache eingereicht. Darin macht es auf die Lebensbereiche aufmerksam, in denen Frauen und Mädchen mit Behinderungen in Deutschland Diskriminierung ausgesetzt und vom Zugang zu ihren Rechten und von Teilhabe ausgeschlossen sind. Zentrale Themen sind:

- Schutz vor Gewalt
- Zugang zur Justiz
- Sexuelle und reproduktive Rechte
- Zugang zum Gesundheitswesen
- Politische Partizipation
- Armut
- Alter

Leitlinien zur UN-BRK sollen die Sichtbarkeit von Diskriminierung erhöhen

Die geplanten Leitlinien des UN-Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderungen verfolgen das Ziel, die spezifischen Erfahrungen von Frauen und Mädchen mit Behinderungen im Vergleich zu anderen Frauen sowie zu Menschen mit Behinderungen insgesamt sichtbar zu machen. Sie sollen die Vertragsstaaten zur Beseitigung von Umsetzungslücken und zur Sammlung bewährter Verfahren im Umgang mit vielfältigen und sich überschneidenden Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen mit Behinderungen anleiten. Die Leitlinien sollen verdeutlichen, dass die Rechte von Frauen, Mädchen, trans, intersexuellen und nicht-binären Personen sowie jeglicher sexueller Orientierung mit Behinderungen nicht am Rande, sondern im Zentrum der Menschenrechte stehen und daher höchste Priorität haben müssen. Bei der Erarbeitung spielen nationale Menschenrechtsinstitutionen und zivilgesellschaftliche Organisationen weltweit eine zentrale Rolle, indem sie unabhängige Informationen zur tatsächlichen Menschenrechtssituation bereitstellen. Die eingereichten Beiträge werden vom UN-

Ausschuss ausgewertet und bilden eine Informationsbasis für die Entwicklung der Leitlinien.

Weitere Informationen

- [Submission to the UN Committee on the Rights of Persons with Disabilities. Guidelines on addressing multiple and intersecting forms of discrimination against women and girls with disabilities in law, policy and practice](#)
- [Rechte von Menschen mit Behinderungen: Frauen mit Behinderungen](#)
- [Parallelbericht an den UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen zum 2./3. Staatenprüfverfahren Deutschlands](#)
- [OHCHR: Call for written submissions on the draft guidelines on addressing multiple and intersectional forms of discrimination against women and girls with disabilities](#)

Menschenrechtsinstitut fordert einheitliche Schutzstandards für Triage-Situationen

Nach dem gestrigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Triage drängt das Deutsche Institut für Menschenrechte darauf, schnell Regelungen für eine diskriminierungsfreie Triage zu verabschieden, die in allen Bundesländern einheitlich hohe Schutzstandards garantieren.

Dazu erklärt Beate Rudolf, Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte: "Wir brauchen dringend gesetzliche Regelungen, die Menschen mit Behinderungen, chronisch kranke und ältere Menschen davor schützen, benachteiligt zu werden, wenn intensivmedizinische Ressourcen nicht ausreichen und Triage-Situationen eintreten. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Beschluss vom 16. Dezember 2021 sehr deutlich gemacht, dass der ärztlichen Entscheidung über die Zuteilung intensivmedizinischer Ressourcen enge verfassungsmäßige Grenzen gesetzt sind und es einer gesetzlichen Absicherung braucht, um der Gefahr entgegenzuwirken, dass dabei bestimmte Personengruppen diskriminiert werden. Auch die ärztliche Berufsfreiheit erlaubt daher keine völlig freie Entscheidung über die Zuteilung von knappen Ressourcen in Triage-Situationen. Der gestrige Beschluss ändert daran nichts, da das bisherige Gesetz nur wegen Unzuständigkeit des Bundes für nichtig erklärt wurde.

Es ist nun Aufgabe der Länder, diskriminierungsfreie gesetzliche Regelungen zu schaffen, die sich am Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 2021 ausrichten. Das Schutzniveau muss überall in Deutschland gleich hoch sein. Die Zuständigkeit der Länder darf nicht zu einem Flickenteppich voneinander abweichender Regelungen führen. Die Regelungen müssen vielmehr möglichst einheitlich und vor allem grund- und menschenrechtskonform sein. Bei der Erarbeitung der Regelungen sind betroffene Bevölkerungsgruppen wie Menschen mit Behinderungen, chronisch kranke und ältere Menschen unbedingt eng einzubeziehen. Ihren Stimmen ist genauso viel Gewicht beizumessen wie denen des ärztlichen Berufsstandes."

Hintergrund: In seinem gestrigen Urteil hat das Bundesverfassungsgericht die bestehende bundesgesetzliche Regelung zur Triage in § 5c Infektionsschutzgesetz (IfSG) aus formellen Gründen aufgehoben. Es liegt in der Zuständigkeit der Länder, Kriterien für die Zuweisung intensivmedizinischer Ressourcen bei Versorgungsengpässen in

Pandemiezeiten zu regeln. Ob die in § 5c IfSG enthaltenen Beschränkungen der ärztlichen Berufsausübung in der Sache verfassungsgemäß wären, hat das Gericht inhaltlich nicht bewertet.

WEITERE INFORMATIONEN

[Deutsches Institut für Menschenrechte \(2020\): Das Recht auf gesundheitliche Versorgung von Menschen mit Behinderungen in der Corona-Pandemie. Stellungnahme "Im Gesetzgebungsverfahren zur Triage sind Menschen mit Behinderungen von Anfang an zu beteiligen". Interview mit Britta Schlegel, Leiterin der Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte \(13.01.2022\)](#)

Terminankündigungen



Nächste offene Sprechstunde am Mittwoch, dem 12. November, von 14:00–15:00 Uhr
Die Teilnahme ist wie immer kostenfrei (für Mitglieder und Nicht-Mitglieder) und findet online via Zoom statt.

In unserer Sprechstunde haben Sie die Möglichkeit, direkt mit dem Vorstand ins Gespräch zu kommen, ob Sie Fragen haben, sich informieren möchten oder Anregungen und Ideen teilen wollen.

Die Sprechstunde bietet Raum für:

- Informationen rund um den Verband und die Schulbegleitung,
- offene Fragen zu aktuellen Themen,
- Ihre Ideen, Impulse und Vorschläge,
- konstruktive Kritik und Feedback,
- spontane Gespräche und persönliches Kennenlernen.

Wenn Sie noch nicht angemeldet sind, können Sie dies ganz einfach über unsere Website unter [Offene Sprechstunde - BuFa](#) tun oder uns eine kurze E-Mail an verwaltung@bufa-schulbegleitung.de schicken.

Wir freuen uns auf den offenen Austausch mit Ihnen!

Am Mittwoch, 19. November um 19:00 Uhr laden INSEL e.V., Selbstbestimmt Leben im Landkreis Ludwigsburg e. V. und ich zu einer kostenlosen Online-Lesung ein.

Der Referent ist Janis McDavid, mehrfach ausgezeichnete Speaker und Autorin. Er lebt mit Behinderung und hat sich den Kilimandscharo, Rennwagen und Schwimmen nicht

als Hindernis gesetzt. In seinem Buch „All Inclusive“ räumt er mit Vorurteilen auf und zeigt, wie Unternehmen wirklich inklusiv werden können – mit Insights von Dr. Sigrid Evelyn Nikutta und Uta Menges.

Für alle, die glauben, Inklusion geht nicht – Spoiler: Geht doch!

Wann: Mittwoch, 19. November, 19:00 Uhr

Wo: Online (ZOOM-Link nach Anmeldung)

Anmeldung: veranstaltungen@inklusionskongress.de

Teilhabe im Advent – inklusiver Weihnachtsmarkt im Deutschen Taubblindenwerk

Sonntag, 7. Dezember 2025, von 11 bis 17 Uhr Deutsches Taubblindenwerk gGmbH, Albert-Schweitzer Hof 27, Außengelände

Teilhabe im Advent: Einladung zu einem inklusiven und stimmungsvollen Miteinander
Am zweiten Adventssonntag lädt das Deutsche Taubblindenwerk herzlich zum inklusiven Weihnachtsmarkt ein. In der größten Facheinrichtung für Menschen mit Taubblindheit und Hörsehbehinderung erwartet die Besucherinnen und Besucher ein stimmungsvolles Programm in vorweihnachtlichem Ambiente. Der Weihnachtsmarkt bietet Raum für Begegnung, Austausch und gemeinsames Erleben – ein Zeichen gelebter Inklusion in der Adventszeit. [zur Pressemitteilung](#)

Wettbewerbe



Bewerbungsstart für Bundesteilhabepreis 2026

Innovative Projekte zum Thema "BERUFSEINSTIEG INKLUSIV – Übergang von der beruflichen Bildung in den Arbeitsmarkt für junge Menschen mit Behinderungen" gesucht

Ab dem 4. November können sich Projekte und Initiativen für den Bundesteilhabepreis 2026 bewerben. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales sucht unter dem Motto "Berufseinstieg inklusiv" innovative Ansätze, die jungen Menschen mit Behinderungen den Übergang von der beruflichen Bildung in den Arbeitsmarkt erleichtern. Mit insgesamt 17.500 Euro werden herausragende Projekte im inklusiven Sozialraum prämiert. Der Bundesteilhabepreis wird 2026 zum siebten Mal vergeben. Bundesministerin Bärbel Bas wird die Auszeichnung im Rahmen der Inklusionstage 2026 in Berlin verleihen. Ziel des Preises ist es, erfolgreiche Projekte sichtbar zu machen, die Teilhabe und Selbstbestimmung im Alltag fördern - mit dem Schwerpunkt "Übergang in Arbeit". [weiterlesen](#)
[Hier finden Sie alle Informationen zum Bundesteilhabepreis sowie das Bewerbungsformular und die Teilnahmebedingungen](#)

Wettbewerbsbeiträge können bis zum 08. Februar 2026 eingereicht werden.

Informations- und Unterrichtsmaterial aus und für die alltägliche Praxis

Der interkulturelle Kalender 2026 ist da

Vielfalt ist Stärke, sie trägt zum wirtschaftlichen Erfolg bei, fördert die Kreativität und macht das Leben bunter – mit dem interkulturellen Kalender würdigt das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Bedeutung von Vielfalt in unserer Gesellschaft. Wie jedes Jahr erscheint der Kalender zu Beginn der Interkulturellen Woche, die in diesem Jahr ihr 50. Jubiläum feiert.

[weitere Information und Downloads](#)

Sinti und Roma: Ein KMK-Papier – und die grausame Geschichte dahinter

Ein Papier mit Symbolkraft, aber wenig Verbindlichkeit: Die Kultusministerkonferenz (KMK) will die Geschichte der nationalen Minderheiten stärker im Unterricht verankern. Für Sinti und Roma ist das, immerhin, ein Schritt in Richtung Anerkennung, die jahrhundertlang verweigert wurde. Selbst die Verfolgung im NS-Deutschland wurde lange missachtet.

Die Bildungsministerkonferenz hat mit ihrem Beschluss nun zumindest symbolisch einen weiteren Schritt getan: Die Sinti und Roma sind damit ausdrücklich Teil der schulischen Bildungsarbeit – neben Dänen, Sorben und Friesen. Doch bislang bleibt das Programm Absichtserklärung. Der Zentralrat fordert seit Jahren verbindliche Bildungsprogramme, die das Wissen über Geschichte und Kultur der Minderheit fest verankern. Das will die KMK nun umsetzen – bislang aber ohne klaren Zeitplan. *News4teachers* [zum ganzen Artikel](#)

[Hier lässt sich der vollständige KMK-Beschluss herunterladen.](#) *Wissensvermittlung über die vier autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen Deutschlands und die Sprechergruppe Niederdeutsch – Gemeinsame Empfehlung der Kultusministerkonferenz mit dem Bundesrat für Niederdeutsch und dem Minderheitenrat (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 13.12.2024)*

Toolbox Menschenrechte.

Material- und Methodensammlung für Unterricht, Projekttag und Aktionen



Die Toolbox bietet eine umfangreiche Material- und Methodensammlung für den schulischen Einsatz in Sekundarstufe I und II und enthält Anregungen für Einstieg zum

Thema Menschenrechte, zur Erarbeitung, Vertiefung und Sicherung und weiterführendem Handeln.

In den didaktischen Hinweisen und Übungen werden zentrale Aspekte der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aufgegriffen: die Wesensmerkmale der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte (z. B. Universalität, Unteilbarkeit etc.), konkrete Verletzungen und Fragestellungen im Alltag, globale Zusammenhänge und Verantwortung (z. B. Lieferketten, digitale Welt, Menschenhandel).

Ein eigenes Kapitel Kinderrechte sind Menschenrechte richtet sich mit Lernplakaten an Schüler:innen bis Klasse 6. Enthalten sind Lernplakate zu Kinderrechten global, zu Kinderarbeit und Ausbeutung, zu Gewalt und Vernachlässigung sowie zu Kindern auf der Flucht.

Schüler:innen können mit den Übungen der Toolbox für Menschenrechte sensibilisiert und zur kritischen Reflexion angeregt werden. Handlungsmöglichkeiten für ein Handeln im Sinn der Menschenrechte werden ebenfalls vorgestellt.



Arbeiten Sie mit Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte in den Bereichen Bildung, Berufsorientierung oder Verwaltung? Hier finden Sie Handbücher, Arbeitsblätter, Leitfäden sowie Informationen zu Veranstaltungen und Workshops

Haben Sie eine eigene Flucht- oder Migrationsgeschichte? [Finden Sie hier Materialien](#), Informationen sowie Unterstützungs- und Netzwerkangebote für Jugendliche, Familien und zur beruflichen Orientierung.

[Healing Classrooms Handbuch](#) - Dieses Handbuch ist als Praxishilfe für alle pädagogischen Fachkräfte gedacht, die mit Kindern und Jugendlichen mit Fluchterfahrung in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen arbeiten

Leitfaden für modernen IT-Support an Schulen veröffentlicht

Das Schulministerium in Nordrhein-Westfalen und der Dachverband kommunaler IT-Dienstleister legen eine praxisnahe Orientierungshilfe für die kommunale Schul-IT vor. Der Leitfaden umfasst Handlungshilfen, Best-Practice-Beispiele und Empfehlungen für ein modernes IT-Servicemanagement.

Der Leitfaden ist Teil einer umfassenden Unterstützungsstrategie für das Lehren und Lernen in der digitalen Welt in Nordrhein-Westfalen. Über die zentrale Webseite www.lernen-digital.nrw stehen zahlreiche weitere Materialien zur Verfügung – von KI-Handreichungen über Praxisbeispiele bis hin zu Fortbildungsangeboten. Der vollständige Leitfaden steht ab sofort [hier](#) zur Verfügung.

Mit lernlog kids geht ein innovatives Tool für die digitale Lernbegleitung in der Grundschule an den Start

Die [lernlog gGmbH](#), eine Initiative der Montag Stiftung Jugend und Gesellschaft, launcht mit [lernlog kids](#) eine speziell für Grundschulen weiterentwickelte Version der lernlog Web-App, die Lehrkräfte bei der individuellen Förderung ihrer Schüler*innen unterstützt und Kinder in ihrer Selbstorganisation stärkt. lernlog kids geht zum 15.10.2025 in der Version 1.0 an den Start und ist für alle Grundschulen einsatzbereit.

Jetzt informieren & durchstarten

Interessierte Schulen können sich zur Info-Veranstaltung anmelden und die Web-App in einem virtuellen Rundgang kennenlernen:

Info-Veranstaltungen lernlog kids

23.10.2025 & 06.11.2025 10:00 Uhr

[Unsere Termine – lernlog](#)

Eine Meldung der lernlog gGmbH.

Publikationen / Studien / Erhebungen

Langzeitstudie „INSIDE“

Wie Inklusion an weiterführenden Schulen gelingt & wo sie an Grenzen stößt

Die Pflicht zur Umsetzung von Inklusion, also das gemeinsame Lernen von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogische Förderbedarfe, ist eine der großen Herausforderungen für das deutsche Bildungssystem. Doch wie wirkt sich Inklusion auf den Schulalltag, den Lernerfolg und die soziale Teilhabe aus?

Helfen inklusive Lernumgebungen nur Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischen Förderbedarfen oder profitieren alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen davon? Das bundesweite Forschungsprojekt INSIDE („Inklusion in und nach der Sekundarstufe I in Deutschland“) liefert dazu erstmals umfassende Längsschnitt-Daten – basierend auf einer 5-jährigen Langzeitstudie an 246 Schulen. In einem Sammelband der Zeitschrift für Erziehungswissenschaft (ZfE) werden nun ausgewählte Ergebnisse zum Stand der schulischen Inklusion veröffentlicht. [weiterlesen](#)

Originalpublikation

Der Sammelband ist bei Springer in der Buchreihe ZfE-Edition erschienen und kann [hier](#) bezogen werden.

[Verbandsmagazin Ausgabe 03/2025 Ankommen und Willkommen](#)

Flucht und Migration ist Teil der Menschheitsgeschichte. Seitdem es Menschen gibt, sind sie mobil und wechseln mal freiwillig, mal unfreiwillig ihren Wohnort. Und Menschen, die in einer fremden Umgebung ankommen, benötigen oft Hilfe bei den ersten

Schritten und der Orientierung, sei es bei der Wohnungssuche, Behördengängen, dem Erlernen der Landessprache oder einfach mit einem offenen Ohr für Probleme.

Und hier kommt die Wohlfahrt ins Spiel. Hunderte unserer Mitgliedsorganisationen helfen Migrant*innen und Geflüchteten bei der Ankunft in Deutschland. Viele von ihnen sind selbst von Migrant*innen gegründet worden, die Wert darauf legen, für sich selbst zu sprechen und sich selbst zu organisieren.

Es ist Teil unseres Paritätischen Selbstverständnisses, für alle Menschen unabhängig von Hautfarbe und Herkunft da zu sein. In Zeiten zunehmender Fremdenfeindlichkeit wird das immer schwieriger, aber wir erleben auch, wie wichtig unsere Arbeit ist und wieviel sie bewirken kann.

Davon handelt das neues Mitgliedermagazin. Wir sprachen mit Menschen und Organisationen, die jeden Tag mit viel Engagement Menschen helfen, in Deutschland anzukommen und Fuß zu fassen. Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre.

[IQB Bildungstrends](#)

Im Rahmen ihrer Gesamtstrategie zum Bildungsmonitoring hat die Kultusministerkonferenz (KMK) beschlossen, regelmäßig zu überprüfen, inwieweit die mit den Bildungsstandards festgelegten Kompetenzziele in den Ländern in der Bundesrepublik Deutschland erreicht werden. Das IQB führt dazu regelmäßig Studien durch, die seit dem Jahr 2015 als „[IQB-Bildungstrends](#)“ bezeichnet werden. In der Regel finden die Erhebungen in der Primarstufe alle fünf Jahre in den Fächern Deutsch und Mathematik statt und in der Sekundarstufe I alle drei Jahre alternierend in den sprachlichen Fächern (Deutsch, Englisch und Französisch) und in den mathematisch-naturwissenschaftlichen Fächern (Mathematik, Biologie, Chemie und Physik). Die Ergebnisse werden auf Ebene der Schulsysteme der Länder ausgewertet und liefern der Bildungspolitik Anhaltspunkte dafür, inwieweit umgesetzte Maßnahmen insgesamt positive Entwicklungen ausgelöst haben und in welchen Bereichen weiterer Handlungsbedarf besteht.

Licht und Schatten im IQB-Bildungstrend 2024

Im Rahmen der 5. Bildungsministerkonferenz hat das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) die Ergebnisse des Bildungstrends 2024 vorgestellt. Die Studie untersucht, wie gut Schüler:innen der 9. Jahrgangsstufe die bundesweit verbindlichen Bildungsstandards in Mathematik, Biologie, Chemie und Physik erreichen.

Hintergrund zur Studie

Der IQB-Bildungstrend 2024 basiert auf einer repräsentativen Stichprobe von 48.279 Schülerinnen und Schülern aus 1.556 Schulen in allen 16 Bundesländern. Erhoben wurden Kompetenzen in Mathematik sowie den naturwissenschaftlichen Fächern Biologie, Chemie und Physik. Zusätzlich wurden motivationale, sozio-emotionale und unterrichtsbezogene Merkmale analysiert. Die Studie überprüft das Erreichen der Bildungsstandards der Kultusministerkonferenz und erlaubt eine Trendanalyse über die Jahre 2012, 2018 und 2024. [ganzen Artikel lesen](#)

Die Ergebnisse der IQB-Bildungstrends

Die Webseite des IQB bietet neben dem Ergebnisbericht auch Beispielaufgaben und weitere Hintergrundinformationen.

- [Pressemitteilung der KMK](#)
- [Ergebnisse und weitere Materialien zum IQB-Bildungstrend 2024](#)
- [Unser Dossier zum Thema Bildungsstandards](#)

weitere Meldungen zum IQB Bildungstrend:

IQB-Bildungstrend: Ranking im Überblick – So schneiden die einzelnen Bundesländer ab

Ein bundesweiter Abwärtstrend mit deutlichen Unterschieden: Die Neuntklässlerinnen und Neuntklässler in Deutschland beherrschen Mathematik und Naturwissenschaften schlechter als noch vor sechs Jahren. Kein Bundesland konnte sein Niveau halten, manche sackten dramatisch ab. [Hier die Ergebnisse – Land für Land.](#)

„Das ist kein Unfall, sondern ein Fehler im System!“ – Nächste Klatsche für die Bildung: die IQB-Studie (Reaktionen von Lehrern)

Die Ergebnisse des neuen IQB-Bildungstrends lösen in der Bildungslandschaft eine Welle der Besorgnis aus. Mathematik und Naturwissenschaften – seit jeher Königsdisziplinen für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands – sind ins Rutschen geraten. Lehrkräfteverbände sprechen unisono von einer dramatischen Entwicklung. Doch die Ursachen, die sie benennen, unterscheiden sich teils deutlich (und mit ihnen die vorgeschlagenen Auswege). Wir haben die Positionen mal sortiert. [weiterlesen](#)

IQB-Bildungstrend: Warum es mit den Schulleistungen in Deutschland (weiter) bergab geht

Mit den Schülerleistungen in Deutschland geht es weiter bergab. Nach Studien über schlechtere Lese- und Rechenkompetenzen in der Grundschule und zurückgehende Deutsch-Leistungen in der Oberstufe zeigt nun eine weitere Untersuchung – der IQB-Bildungstrend – auch wachsende Defizite bei Neuntklässlern in den Fächern Mathematik und Naturwissenschaften. Die Bundesbildungsministerin schlägt Alarm. [weiterlesen](#)

IQB-Debakel: “Bildung muss Chefsache werden”: Schulforscher nimmt Merz in die Pflicht

Deutschland steht beim Thema Bildung „am Tiefpunkt“. So drastisch formuliert es der renommierte Augsburger Schulpädagoge Prof. Klaus Zierer angesichts der jüngsten Ergebnisse des IQB-Bildungstrends. Die Daten seien so alarmierend, dass man – so Zierer – „von einem Nationalen Bildungsnotstand sprechen“ müsse. Dabei sei nun der Bundeskanzler gefordert. [weiterlesen](#)

Bildungstrend nach unten ist Ergebnis von Entprofessionalisierung!

Der neue IQB-Bildungstrend 2024 zeigt nach Ansicht des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) deutlich: Die Leistungseinbrüche in Mathematik und den Naturwissenschaften sind Konsequenz von Mangelverwaltung und politisch vorangetriebener Entprofessionalisierung des Lehrkräfteberufs. [weiterlesen](#)

“Warnsignal” IQB-Bildungstrend: Bundeselternrat fordert Bund-Länder-Aktionsplan

Der Bundeselternrat reagiert mit großer Sorge auf die Ergebnisse des aktuellen IQB-Bildungstrends. Die neuen Daten zeigten erneut sinkende Kompetenzen von Neuntklässlerinnen und Neuntklässlern in Mathematik, Biologie, Chemie und Physik – und eine wachsende Zahl von Schülerinnen und Schülern, die nicht einmal die Mindeststandards erreichen. Für den obersten Elternvertretungsverband Deutschlands steht fest: Die Studie ist „ein Warnsignal, das gehört werden muss“. [weiterlesen](#)

Recht der Menschen mit Behinderungen

Das neue Online-Fachmodul von Nomos und Bundesvereinigung Lebenshilfe



Das Recht der Menschen mit Behinderungen ist komplex und dynamisch. Um Orientierung und fundierte Antworten zu bieten, hat die Bundesvereinigung Lebenshilfe gemeinsam mit dem [Nomos Verlag](#) das neue digitale Fachmodul „Recht der Menschen mit Behinderungen“ entwickelt. Es wird auf der Plattform [beck-online](#) bereitgestellt.

Das [Modul](#) enthält vieles, was Rechtspraktiker in diesem Bereich benötigen: Kommentare, Handbücher, Urteile, Normen und Fachzeitschriftenbeiträge. Dazu zählen renommierte Titel wie die Fachzeitschrift [Rechtsdienst der Lebenshilfe](#) ab dem Jahrgang 2022 und zentrale juristische Werke der Kommentar zum Sozialgesetzbuch IX von Dau/Düwell/Joussen, sowie der Ratgeber „[Recht auf Teilhabe](#)“ oder das Handbuch „Das neue Teilhaberecht“. Inklusive Themen wie Werkstättenrecht, Sozialdatenschutz oder das Arbeitsrecht für Menschen mit Behinderungen sind abgedeckt.

Mit dem Modul verfolgen die Anbieter ein klares Ziel: Das Recht der Menschen mit Behinderungen soll im juristischen Alltag sichtbarer und selbstverständlicher werden. Es

soll dort präsent sein, wo Verfahren geführt und Entscheidungen getroffen werden – bei Gerichten, in Kanzleien, Behörden, Verwaltungen, Verbänden, Beratungsstellen und Einrichtungen.

Das Fachmodul ist ab sofort über beck-online.de erhältlich.

Dies und Das

Nächster Halt Inklusion: Deutsches Taubblindenwerk schafft mit den Öffis Hameln-Pyrmont eine eigene Haltestelle und damit mehr Orientierung

Können wir für die Menschen im Deutschen Taubblindenwerk eine eigene Haltestelle errichten? Und wenn ja, können die Öffis Hameln-Pyrmont bei der Realisierung vielleicht helfen? Geschäftsführer Holger Waldhausen zögerte bei der Anfrage nicht lange und war bei der Einweihung der eigenen Haltestelle mit Fahrplankasten persönlich vor Ort – unter großer Begeisterung der künftigen Fahrgäste. [zur Pressemitteilung](#)

Auftakt zum Bündnis für Kinder aus psychisch und suchtselasteten Familien

Mit einer Veranstaltung in Hannover hat sich das Bündnis KipsFam am 30.09.2025 offiziell vorgestellt. Der Paritätische Gesamtverband und einige seiner Mitgliedsorganisationen wie der Dachverband Gemeindepsychiatrie, NACOA, fdr+ oder A:aufklaren vom Paritätischen Hamburg engagieren sich seit langem für gesundes Aufwachsen von Kindern aus psychisch und suchtselasteten Familien. Jetzt gibt es in dem breiten Bündnis dank einer dreijährigen Förderung der Auridis-Stiftung erstmalig eine professionelle Struktur für bundesweite Vernetzung und Lobbyarbeit. Die Projektkoordination und -leitung liegen beim AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e. V..

Etwa vier Millionen Kinder wachsen in Deutschland mit einem zeitweise psychisch kranken oder suchtkranken Elternteil auf. Das stellt große Belastung für die ganze Familie dar. Der Alltag der Kinder ist oft geprägt von Unsicherheit, Angst und Isolation, während ihre Sorgen und Bedürfnisse unbeachtet bleiben. Die Erkrankungen und der Eltern wirken sich massiv auf ihr Leben aus und erhöhen das Risiko stark, dass die Kinder selbst erkranken. Deshalb brauchen diese Kinder und ihre Familien bedarfsgerechte und passgenaue Unterstützung!

Im Bündnis KipsFam haben sich Verbände aus dem Gesundheitswesen, der Suchthilfe, der Eingliederungshilfe und der Kinder- und Jugendhilfe sowie Wissenschaftler*innen und Selbsthilfevertretungen zusammengeschlossen, um unser Hilfesystem besser an die Bedürfnisse dieser Kinder und ihrer Familien anzupassen. Erste Schritte dazu sind Vernetzung, Information und die Sammlung guter Praxisbeispiele. [weiterlesen](#)

[Webseite des Bündnisses für Kinder aus psychisch und suchtselasteten Familien](#)

BBuD connect: Die App des Bundesverbandes Burnout und Depression e.V.

Der Bundesverband Burnout und Depression e.V. möchte mit seiner neuen App seine Mitglieder miteinander vernetzen und niedrigschwellige Hilfsangebote anbieten. Dazu finden Nutzer*innen viele wertvolle Informationen zum Thema psychische Gesundheit und können mit Hilfe der App mit ihren lösungsorientierten Selbsthilfegruppen und dem Bundesverband in Kontakt treten.

Der Bundesverband Burnout und Depression e.V.

Der Bundesverband Burnout und Depression e.V. (BBuD) wurde 2013 gegründet und ist eine ehrenamtliche Selbsthilfeorganisation, die sich bundesweit für die Belange von Menschen mit Burnout und Depression sowie deren Angehörigen einsetzt. Der Verband unterstützt bei der Gründung und Begleitung von lösungsorientierten Selbsthilfegruppen, bietet Telefon- und Mailunterstützung an und engagiert sich in der Prävention in Unternehmen.

Interesse an der App des Bundesverbandes Burnout und Depression e.V.? Dann laden Sie die App jetzt herunter!

[App im Apple-App Store herunterladen \(iOS\)](#)

[App im Google Play Store herunterladen \(Android\)](#)



Webseitenförderprogramm "Bildung online" - Azubis suchen Projektpartner für kostenfreie Webseitenerstellung

Die Webseiten werden von Auszubildenden und Studierenden erstellt, die so ihr theoretisches Wissen in die Praxis umsetzen können und an realen Webseitenprojekten essentielle Berufserfahrung sammeln können. Hierfür werden aktuell im Rahmen des Förderprogramms „Bildung online“ Projektpartner gesucht. Die Erstellung der Webseite ist zu 100 % gefördert und somit kostenfrei. Lediglich die Kosten für die Webadresse und den Speicherplatz sind nach Erstellung von den Projektpartnern selbst zu tragen.

[Das Förderprogramm „Bildung online“ im Überblick](#)
[Pressemitteilung](#)

Weitere Informationen zu den Azubi-Projekten finden Sie unter www.azubi-projekte.de

Sie haben weitere Themen, Meldungen und Termine, die für unsere Leser interessant sein könnten? Dann schreiben Sie mich unter stefanie.hoefer@verband-sonderpaedagogik.de an.